

**II-990 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 503 /J

1984-02-22

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. LANNER
und Genossen
an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
betreffend Maßnahmen zur Abgasreinigung im Montanwerk Brixlegg

Die Umweltbelastung im Raum Brixlegg hat ein unzumutbares Ausmaß erreicht. Rasche Maßnahmen sind im Interesse der Bevölkerung dringend erforderlich.

Das Montanwerk Brixlegg hat sich in den vergangenen Monaten um eine wirkungsvolle Sanierung dieser Situation bemüht. Im Rahmen einer Pilotanlage zur Testung von Entschwefelungsverfahren wurden umfangreiche Versuche angestellt. Das Ergebnis dieser Versuche liegt vor und ist positiv. Von der technischen Seite her gesehen, steht dem Bau der jahrelang geforderten Großanlage zur SO₂-Abscheidung nichts im Wege. Im Falle einer unverzüglichen Auftragsvergabe kann mit einer Inbetriebnahme im 1.Quartal 1985 gerechnet werden.

Laut einem Brief des Bundeskanzleramtes vom 30.Dezember1983 an die Bürgerinitiative Brixlegg hat der Aufsichtsrat der VMW Ranshofen-Berndorf AG am 14.Dezember 1983 umfangreiche Umweltschutzinvestitionen für das Werk Brixlegg genehmigt.

Anlässlich eines Besuches in Brixlegg im September 1983 hat Staatssekretär Ferrari-Brunnenfeld Finanzmittel aus dem Umweltfonds zugesagt. Eine ähnliche Erklärung gab Minister Dr.Steyrer anlässlich eines Besuches im November 1983 ab. Trotz all dieser Zusagen ist die Finanzierung der Abgasreinigungsanlage noch immer nicht gesichert. Die Zeit drängt. Täglich werden rund 1300 kg SO₂ in die Luft geblasen.

-2-

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz folgende

A n f r a g e :

- 1) Ist es richtig, daß noch immer keine Durchführungsbestimmungen für das Umweltfondsgesetz bestehen und deshalb Anträge nicht konkret behandelt werden können?
- 2) In welcher Höhe kann die Abgasreinigungsanlage für das Montanwerk Brixlegg durch den Umweltschutzfonds unterstützt werden?
- 3) Wann ist mit einer konkreten Entscheidung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz zu rechnen?